

Die Aufgaben der "Beauftragten des Ministerrates"

Am 4. und 5. Dezember 1989 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger etliche Bezirks- und Kreisämter des neu gegründeten Amts für Nationale Sicherheit. Vorausgegangen waren Gerüchte über die Vernichtung von Akten. "Beauftragte des Ministerrats" sollten die Lage in den Bezirkshauptstädten beruhigen.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt verstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürgerinnen und Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit, die sich bestätigten.

In die Bezirkshauptstädte wurden nun "Beauftragte des Ministerrates" entsandt, die dazu beitragen sollten, die Lage zu beruhigen. Diese erhielten aus Berlin eine Anweisung, wie ein zentrales Problem gelöst werden sollte: die Vernichtung von Unterlagen, die während der Besetzungen gestoppt worden war.

In dem vorliegenden Dokument werden die Aufgaben festgelegt, die die "Beauftragten des Ministerrates" hatten, die am 5. Dezember in die Bezirksämter für Nationale Sicherheit geschickt worden sind. Dabei handelt es sich um Gruppen aus jeweils drei Personen: Ein Funktionär aus dem Apparat des Ministerrates, der die Gruppe nach außen zu vertreten hat, und je ein Mitarbeiter des Innenministeriums und der Staatssicherheit. Sie sollten versuchen, die Lage vor Ort wieder unter Kontrolle zu bringen, möglichst in "Sicherheitspartnerschaft" mit den Bürgerrechtsgruppen.

Später sollte sich herausstellen, dass neben den offiziellen AfNS-Vertretern die Stasi noch in anderer Form präsent war: Insgesamt sechs Beauftragte aus dem Ministerrat waren zugleich "Offiziere im besonderen Einsatz" (OibE) der Staatssicherheit – so in Dresden und in Frankfurt (Oder).

Das Dokument ist nicht datiert, auch fehlt die Angabe des Autors. Entstanden sein muss es zwischen dem 4. und dem 6. Dezember 1989. Nach Fundort und Inhalt zu urteilen, stammt es wahrscheinlich von Wolfgang Schwanitz, dem damaligen AfNS-Chef.

Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 2336, BL. 258

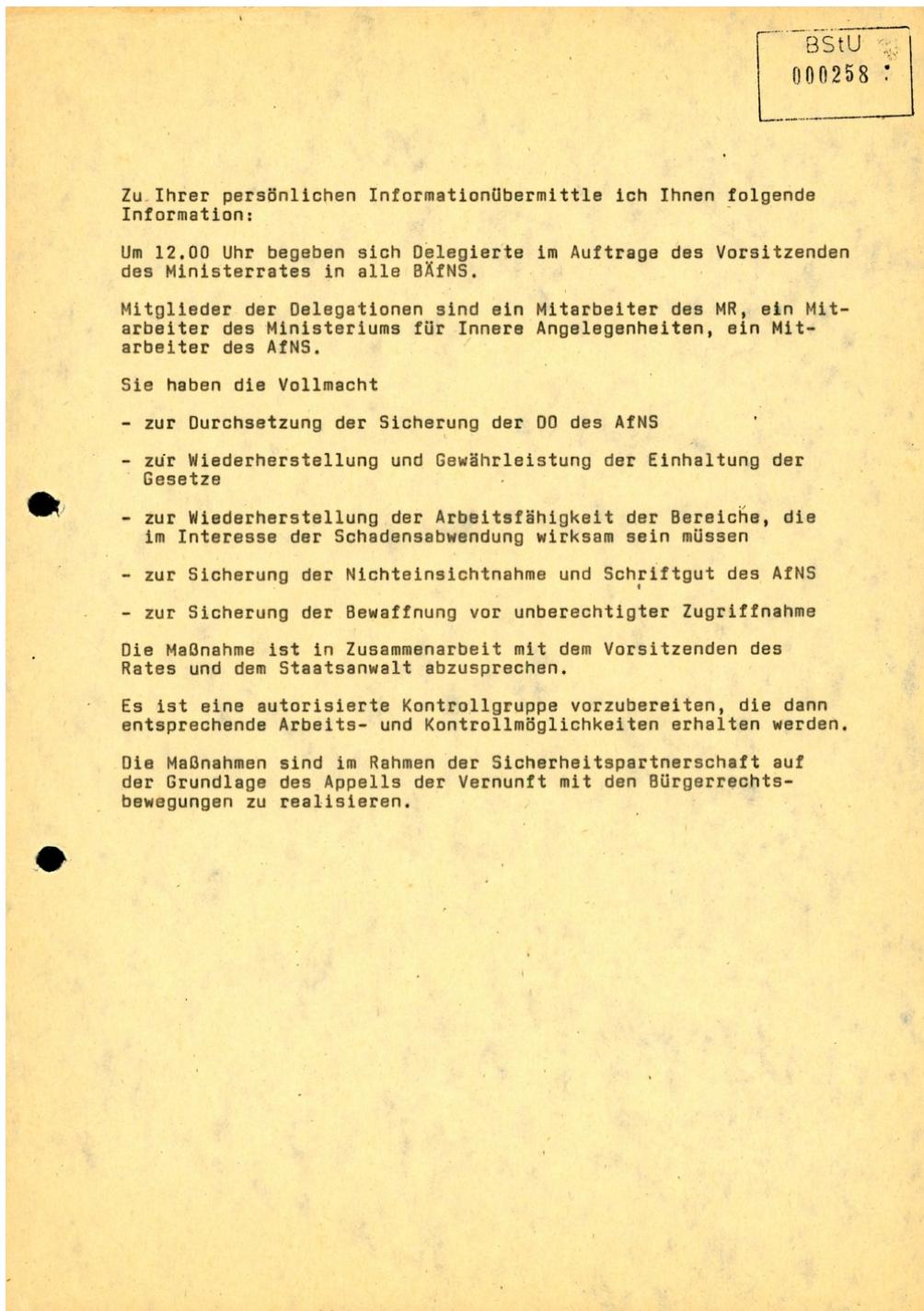
Metadaten

Datum: 1989 - 1989

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Die Aufgaben der "Beauftragten des Ministerrates"



Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 2336, BL. 258

Blatt 258